

Pressemitteilung

Zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung
am 5. Mai 2020

Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung nicht vergessen!

**Die Diakonie Deutschland und der Bundesverband evangelische
Behindertenhilfe warnen vor Rückschritten bei der Inklusion**

Berlin, 04.05.2020 – Die Diakonie Deutschland und der Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e.V. (BeB) appellieren an Politik und Verwaltung, bei den aktuellen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung nicht zu vergessen. Sie benötigen einerseits besonderen Schutz und Unterstützung, dürfen andererseits aber auch nicht allein gelassen oder sogar „weggesperrt“ werden. Auch die Versorgungsstrukturen, beispielsweise die Medizinischen Behandlungszentren für Erwachsene mit geistiger Behinderung oder schweren Mehrfachbehinderungen (MZEB), sind in akuter Gefahr, weil sie finanziell nicht abgesichert sind.

Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland erklärt: „Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung gehören teilweise zu den Risikogruppen und müssen daher geschützt werden. Der Schutz darf aber nicht zum gesellschaftlichen Ausschluss führen. Wichtig sind Schutzmaterialien, Anleitung und Assistenz in der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ‘auf Distanz’. Spezielle Handlungsempfehlungen für die Corona-Situation müssen mit Menschen mit Behinderung als Experten in eigener Sache entwickelt werden.“

Der BeB-Vorsitzende Uwe Mletzko erläutert: „Die vielen Einschränkungen, beispielsweise die strengen Besuchsregelungen und eventuellen Quarantänemaßnahmen, sind für Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung sowie ihre Angehörigen und Freunde besonders belastend. Für viele, gerade im ambulanten Bereich, kommt neben der Angst vor einer Infektion noch die Sorge vor Einsamkeit oder Krisen hinzu. Die bewährten Unterstützungsstrukturen müssen, genauso wie die gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderung, aufrechterhalten werden. Dafür brauchen sie finanzielle Absicherung. So müssen beispielsweise die MZEB dringend noch unter den Corona-Rettungsschirm der Bundesregierung genommen werden.“

Loheide und Mletzko betonen: „Die Corona-Krise darf nicht dazu führen, dass wir bei der Inklusion Rückschritte erleben. Bei allem Verständnis für die notwendigen Maßnahmen dürfen Politik und Verwaltung das, was in den letzten Jahren für Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung erreicht worden ist – bei der gesundheitlichen Versorgung, beim Abbau von Barrieren, bei der Teilhabe – nicht aufs Spiel setzen.“

Pressekontakt:

Der Bundesverband evangelische Behindertenhilfe (BeB) unterstützt und begleitet als Zusammenschluss von über 600 evangelischen Einrichtungen, Diensten und Initiativen Menschen mit geistiger, seelischer, körperlicher oder mehrfacher Behinderung und deren Angehörige. Als einer der Fachverbände für Menschen mit Behinderung sieht er seine zentrale Aufgabe in der Wahrnehmung ihrer Interessen und Rechte in einer sich stets wandelnden Gesellschaft. Als Interessenvertretung arbeitet der BeB daran, die gesellschaftlichen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen zu verbessern, die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in ihrer Vielfalt zu fördern sowie umfassende Mitbestimmung von Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung zu realisieren.